

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

36. Jahrgang

Berlin, den 26. Juni 1969

Nummer 26

Die Fiskalpolitik der Bundesrepublik Deutschland im Zeichen des wirtschaftlichen Aufschwungs

Die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden im Jahre 1969

Vor dem Hintergrund des starken und nachhaltigen Konjunkturaufschwungs der Jahre 1968/69 verdient die Entwicklung der öffentlichen Haushalte besondere Beachtung. Immerhin beträgt der Anteil der gesamten Steuereinnahmen am Bruttosozialprodukt in der Bundesrepublik knapp ein Viertel.

Konjunkturpolitisch gezielt wird das einnahme- und ausgabepolitische Instrumentarium in der Bundesrepublik Deutschland erst seit der Rezession 1966/67 eingesetzt. Mit dem Erlaß des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft ist eine konjunkturgerechte Fiskalpolitik zum ständigen Auftrag an die Regierung geworden. Auch der gegenwärtigen konjunkturellen Situation versucht man, durch eine antizyklische Gestaltung des Staatshaushalts zu begegnen, wobei die Dämpfung der Gesamtnachfrage mit dem Ziel der Preisstabilisierung im Vordergrund steht.

Die „built-in flexibility“ des Steuersystems kommt einer solchen Fiskalpolitik wiederum entgegen: Besonders das Lohnsteueraufkommen wird sich mit einer Wachstumsrate von 20 vH als äußerst konjunktur reagibel erweisen und in diesem Jahr den Anstieg des Bruttosozialprodukts um mehr als das

Doppelte übertreffen¹. Aber auch konjunkturpolitische Maßnahmen finden ihren Niederschlag im Steueraufkommen dieses Jahres. Bei der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer werden die sich auf Empfehlung des Konjunkturrates sowie des Finanzplanungsrates gefaßten Beschlüsse der Bundesregierung vom 18. März 1969 auswirken: Entsprechend § 26 Ziffer 1 des Stabilitätsgesetzes ist eine Anpassung der Vorauszahlungen an die Gewinnentwicklung sowie die zusätzliche Einführung einer fünften Vorauszahlungsrate vorgesehen.

Hinzu tritt der — im wesentlichen nicht konjunkturell bedingte — Niveauanstieg bei den Umsatzsteuern: Diese werden hauptsächlich wegen des Wegfalls der Altvorräte-Entlastung vermutlich um 36 vH gegenüber dem Vorjahr zunehmen und damit dem Bund im Jahre 1969 fast 45 vH seiner Steuereinnahmen erbringen.

Setzt man das erwartete Wachstum der gesamten Steuereinnahmen (+ 16 vH) in Beziehung zu dem des Bruttosozialprodukts (+ 9 vH), so ergibt sich für dieses Jahr eine ungewöhnlich hohe Gesamtsteuerelastizität.

Begünstigt durch das starke Steuerwachstum sind vor allem der Bund und die Länder. Trotz der Verminderung des Bundesanteils an den Einkommensteuern von 37 vH im Jahre 1968 auf 35 vH im

¹ Die hier dargelegten Steuerschätzungen differieren von den im März dieses Jahres veröffentlichten Zahlen durch eine andere Einschätzung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums sowie die Berücksichtigung einer Anpassung und zusätzlichen Erhöhung der Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer. Vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 11/1969.

Jahre 1969 werden die Steuereinnahmen des Bundes um 18,5 vH zunehmen; die Länder, deren Anteil an den Einkommensteuern entsprechend erhöht wurde, bleiben mit einem Zuwachs von 15,5 vH nur wenig dahinter zurück.

Auch das Gemeindesteueraufkommen wird sich in diesem Jahr infolge der Elastizität der Gewerbeertragsteuer merklich erhöhen. Mit einem Zuwachs von 9 vH bleibt das Wachstum der kommunalen Steuern jedoch vergleichsweise bescheiden. Der Anteil der Gemeindesteuern (ohne Stadtstaaten) am gesamten Steueraufkommen wird infolgedessen von 10,9 vH im Jahre 1968 auf 10,3 vH in diesem Jahre sinken.

Die Beschlüsse der Bundesregierung vom März dieses Jahres betreffen aber nicht allein die Einnahmeseite: Für den Bundeshaushalt beschloß das Kabinett ein „prophylaktisches Dämpfungsprogramm“, das eine vorläufige Ausgabensperre in Höhe von 1,6 Mrd. DM vorsieht. Entsprechend soll die Nettokreditaufnahme gemindert werden. Betroffen sind hiervon vor allem Ausgaben für Bauten, Darlehen und Beteiligungen, Investitionszuschüsse und Zuweisungen.

Zwar soll die Notwendigkeit der Ausgabensperre spätestens im Juli des Jahres nach Beurteilung der allgemeinen Konjunkturlage überprüft werden, bevor man zu einer endgültigen Kürzung der Ausgaben schreiten will. Es bedarf hingegen kaum intimer Kenntnisse der politischen Kräftekonstellation, um diesen Maßnahmen bereits heute definitiven Charakter zuzusprechen. Einmal hat der Finanzplanungsrat — als ein Institut der Vorankündigung wirtschafts- und finanzpolitischer Entscheidungen — in seiner sechsten Sitzung vom 21. Mai 1969 ihre Durchführung empfohlen. Zum anderen deuten die derzeit vorhandenen Konjunkturdaten keinerlei Tendenzen an, die zur Zurücknahme dieser Beschlüsse führen könnten.

Durch Rechtsverordnung nach § 15 des Stabilisierungsgesetzes ist weiterhin auf Empfehlung des Finanzplanungsrates die Bildung einer Konjunkturausgleichsrücklage aus konjunkturbedingten Steuermehreinnahmen verfügt worden. Bund und Länder sollen auf diese Weise insgesamt 3,6 Mrd. DM stilllegen; die Länder werden aufgefordert, freiwillig weitere Mehreinnahmen gegenüber ihren Haushaltsplänen entweder der Konjunkturausgleichsrücklage zuzuführen oder zur Verminderung der Nettokreditaufnahme zu verwenden. Eine gleichlautende Empfehlung erging auch an die Gemeinden.

Das Steueraufkommen in der Bundesrepublik Deutschland

	Steueraufkommen in Mrd. DM			Zunahme geg. d. Vorjahr in vH	
	1967	1968	1969 ¹⁾	1968	1969 ¹⁾
Lohnsteuer	19,6	22,1	26,5	12,9	19,9
Veranlagte Einkommensteuer	15,8	16,3	17,6	3,1	8,0
Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1,5	1,5	1,7	4,8	13,3
Körperschaftsteuer	7,1	8,6	9,5	21,1	10,5
Einkommen- und Körperschaftsteuern, gesamt	43,9	48,4	55,3	10,4	14,3
Ergänzungsabgabe	—	0,6	0,8	·	28,0
Steuern v. Umsatz, gesamt ²⁾	25,5	25,7	35,0	0,7	36,2
Sonstige Bundessteuern ²⁾	21,1	21,8	23,0	3,3	5,5
Bundessteuern, gesamt ²⁾	46,6	43,1	58,8	3,2	22,2
Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer ³⁾	16,2	17,9	19,4	10,4	8,4
Steuereinnahm. des Bundes, ges. ²⁾	62,8	66,0	78,2	5,1	18,5
Sonderabgaben ⁵⁾	1,6	1,6	1,4	0,9	-12,5
Ländersteuern, gesamt	8,5	8,9	9,6	4,0	7,9
Länderanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer ³⁾	27,6	30,5	35,9	10,4	17,7
Steuereinnahmen der Länder, ges. ²⁾	36,2	39,4	45,5	8,9	15,5
Gemeindesteuern der Stadtstaaten	1,4	1,5	1,6	7,1	6,7
Gemeindesteuern, gesamt (ohne Stadtstaaten)	12,7	13,3	14,5	4,7	9,0
Steuereinnahmen, insgesamt	114,6	121,8	141,2	6,3	15,9
Brutto sozialprodukt	485,1	531,2	579,0	9,5	9,0
Steuereinnahmen in vH des BSP	23,6	22,9	24,4	·	·

¹⁾ Schätzung. — ²⁾ Ohne Bucheinahmen aus Einfuhrabgaben für Regierungskäufe im Ausland. — ³⁾ Bundesanteil 37 vH; Länderanteil 63 vH. — ⁴⁾ Bundesanteil 35 vH; Länderanteil 65 vH. — ⁵⁾ Vermögensabgabe, Hypothekengewinnabgabe, Kreditgewinnabgabe.

So grundlegend hat sich die Einschätzung des Konjunkturablaufs und der daraus erwachsenden Anforderungen an den Staatshaushalt innerhalb eines halben Jahres geändert. Noch im Dezember vorigen Jahres entsprangen die Empfehlungen des Finanzplanungsrates der Sorge, durch das Absicherungsgesetz müsse eine Abschwächung im Außenhandel erwartet und deshalb die Inlandsnachfrage „flankiert“ werden. Heute dagegen dämpft man — nach der Unterlassung der DM-Aufwertung — die Binnenkonjunktur mit fiskalpolitischen Mitteln und liefert den Ausfuhrüberschüssen Flankenschutz.

Neben konjunkturellen Auswirkungen werden die antizyklischen Maßnahmen der öffentlichen Haushalte aber auch strukturpolitische Konsequenzen haben. Die Möglichkeit von Einschränkungen im Etat ist relativ eng begrenzt: Personalkosten, öffentliche Übertragungen und die Ausgaben für den laufenden Sachbedarf sind wenig manipulierbar, so daß Kürzungen im wesentlichen nur bei den investiven Ausgabearten ansetzen können. In erster Linie stehen dabei Investitionen in die Infrastruktur zur Diskussion, daneben aber auch Ausgaben für militärische Zwecke.

Bekannt sind die Schwierigkeiten, den Bedarf an Infrastruktur zu quantifizieren; allerdings steht fest,

Die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden

	Mrd. DM			Zunahme geg. d. Vor- jahr in vH	
	1967	1968	1969	1968	1969
Bund ¹⁾					
Steuern ²⁾	62,8	66,0	78,2	5,1	18,5
Übrige Einnahmen ³⁾	4,7	5,7	5,5	21,3	- 3,5
Einnahmen, insgesamt	67,5	71,7	83,7	6,2	16,7
Personalausgaben	8,3	8,6	9,6	3,6	11,6
Sachinvestitionen	3,9	3,9	4,0	0,0	2,6
Übrige Ausgaben ⁴⁾	64,1	63,9	68,4	- 0,3	7,0
Ausgaben, insgesamt	76,3	76,4	82,0	0,1	7,3
Nettofinanzierungssaldo	- 8,8	- 4,7	+ 1,7	.	.
Länder					
Steuern ²⁾	37,6	40,9	47,1	8,8	15,2
Übrige Einnahmen ³⁾	18,6	21,2	20,5	14,0	- 3,3
Einnahmen, insgesamt	56,2	62,1	67,6	10,5	8,9
Personalausgaben	21,6	23,0	25,0	6,5	8,7
Sachinvestitionen	4,6	4,8	5,2	4,3	8,3
Übrige Ausgaben ⁴⁾	33,5	35,6	37,6	6,3	5,6
Ausgaben, insgesamt	59,7	63,4	67,8	6,2	6,9
Nettofinanzierungssaldo	- 3,5	- 1,3	- 0,2	.	.
Gemeinden					
Steuern ²⁾	12,7	13,8	14,5	4,7	9,0
Übrige Einnahmen ³⁾	26,3	28,4	30,8	8,0	8,5
Einnahmen, insgesamt	39,0	41,7	45,3	6,9	8,6
Personalausgaben	11,0	11,7	12,7	6,4	8,5
Sachinvestitionen	14,1	15,2	16,6	7,8	9,2
Übrige Ausgaben ⁴⁾	16,2	17,0	17,9	4,9	5,8
Ausgaben, insgesamt	41,3	43,9	47,2	6,3	7,5
Nettofinanzierungssaldo	- 2,3	- 2,2	- 1,9	.	.

¹⁾ Ohne LAF und ERP-Sondervermögen. — ²⁾ Ohne steuerähnliche Einnahmen. — ³⁾ Einschl. Zuweisungen von Gebietskörperschaften. — ⁴⁾ Einschl. Zuweisungen an Gebietskörperschaften.
 Quelle: 1967 und 1968: Finanzbericht 1969 und Angaben des Bundesfinanzministers; zum Teil Schätzungen des DIW. 1969: Schätzungen des DIW.

daß die öffentlichen Investitionsausgaben langfristig zumindest mit dem Wachstum des Bruttosozialprodukts Schritt halten müssen. Tatsächlich aber sind die öffentlichen Ausgaben für Sachinvestitionen während der Jahre 1965 bis 1969 — trotz der Konjunkturprogramme während der Rezession — durchschnittlich nur um 3 vH gestiegen, während der jährliche Anstieg des Bruttosozialprodukts in dieser Zeitspanne 6,3 vH betrug²⁾. Dieser „Strukturverlust“ spricht auch in der gegenwärtigen konjunkturellen Konstellation gegen eine Verwendung der öffentlichen Investitionen als konjunkturpolitisches Steuerungsinstrument — zumal die Auftragsbestände in der Bauwirtschaft weit weniger stark zugenommen haben als in den übrigen Wirtschaftsbereichen.

Der Unterschied zwischen der Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben wird beim Bund in diesem Jahr besonders groß sein: Den mit einer Rate von knapp 17 vH steigenden Einnahmen steht ein Ausgabenwachstum von lediglich 7 vH gegenüber. Wäh-

rend die Personalausgaben voraussichtlich mit einem Zuwachs von knapp 12 vH recht kräftig steigen werden, dürften die Ausgaben für Sachinvestitionen — als Folge der Kürzungsmaßnahmen — fast stagnieren. Bei der Entwicklung der übrigen Ausgaben wirkt sich vor allem die Minderung der Verteidigungsausgaben um 600 Mill. DM aus. Aufgrund des unterschiedlichen Zuwachses von Einnahmen und Ausgaben wird dem Bund 1969 ein beträchtlicher Nettofinanzierungsüberschuß von 1,7 Mrd. DM verbleiben. Bezieht man die bereits veranschlagten Beträge für Nettokreditaufnahme in die Betrachtung mit ein, so könnte die vorgesehene Konjunkturausgleichsrücklage auch ohne Kürzung der ursprünglich bewilligten Bundesausgaben erfolgen — zumal diese Streichungen unerwünschte strukturelle Konsequenzen haben. Ob aber außer von den vorgesehenen Ausgabestreichungen vom Bundeshaushalt auch durch die Bildung der Konjunkturausgleichsrücklage konjunkturelle Wirkungen ausgehen, ist zumindest fraglich: Auf die konjunkturausgleichsrücklage können nämlich die Mittel zur Tilgung von unverzinslichen Schatzanweisungen und kurzfristigen Kassenobligationen angerechnet werden. Diese Tilgung war aber ohnehin eingeplant.

Auch die Länder werden ihre Einnahmesituation im Jahre 1969 erheblich verbessern können (+ 9 vH). Während jedoch bei den Steuereinnahmen ein wesentlich stärkeres Wachstum zu erwarten ist, werden die übrigen Einnahmen — aufgrund einer erheblichen Reduktion der Zuweisungen vom Bund — eine leicht rückläufige Tendenz aufweisen. Bei kräftigem Anwachsen der Personalausgaben wie auch der Sachinvestitionen dürften die übrigen Ausgaben mit knapp 6 vH nur unterdurchschnittlich zunehmen. Zwar werden die Länder damit vermutlich noch mit einem geringen Finanzierungsdefizit von etwa 200 Mill. DM abschließen; wird aber auch hier die geplante Nettokreditaufnahme mitveranschlagt, so zeigt sich, daß die den Ländern aufgebene Stilllegung von Mitteln keine weiteren Ausgabenkürzungen erfordert.

Anders als beim Bund hat die Bildung einer Konjunkturausgleichsrücklage der Länder strukturelle Nachteile, denn davon werden die Haushalte der Gemeinden unmittelbar berührt: Über den Steuerverbund wäre den Gemeinden nämlich ungefähr ein Fünftel der nun von den Ländern stillzulegenden Mittel zugeflossen. Auf diese Weise werden die Haushalte der Gemeinden — gewollt

²⁾ Diese Zuwachsraten wurden mit Hilfe eines logarithmischen Regressionsansatzes ermittelt; die Daten für 1969 sind geschätzt.

oder ungewollt — in die antizyklische Fiskalpolitik des Bundes und der Länder einbezogen.

In ebendiese Richtung gehen auch die letzten Empfehlungen des Finanzplanungsrates: War im Dezember letzten Jahres noch von Zuweisungen der Länder die Rede, die den Gemeinden zur Erfüllung ihrer Infrastrukturvorhaben zur Verfügung gestellt werden sollten, so wird den Gemeinden heute statt dessen nahegelegt, auch die ihnen aus eigenen Quellen zufließenden Mehreinnahmen zur Schuldentilgung bzw. Verringerung ihrer Nettokreditaufnahme zu verwenden, d. h. ihre Investitionsaus-

gaben ebenfalls zu kürzen. Es ist zu erwarten, daß die Empfehlungen nicht befolgt werden. Wahrscheinlich werden sich die Gemeinden diesmal nicht aus konjunkturellen Gründen davon abhalten lassen, die Infrastruktur auszubauen. Deshalb dürfen die Investitionen der Gemeinden in diesem Jahr mit dem gleichen Wachstum wie dem des Bruttosozialprodukts veranschlagt werden (+ 9 vH) — andere Schätzungen bleiben aber um knapp zwei Punkte hinter dieser Rate zurück. Der absolute Mehrbetrag ist überdies nicht so groß, daß Streichungen davon spürbare Auswirkungen auf den konjunkturellen Verlauf der Gesamtwirtschaft hätten.

Hochkonjunktur am Arbeitsmarkt

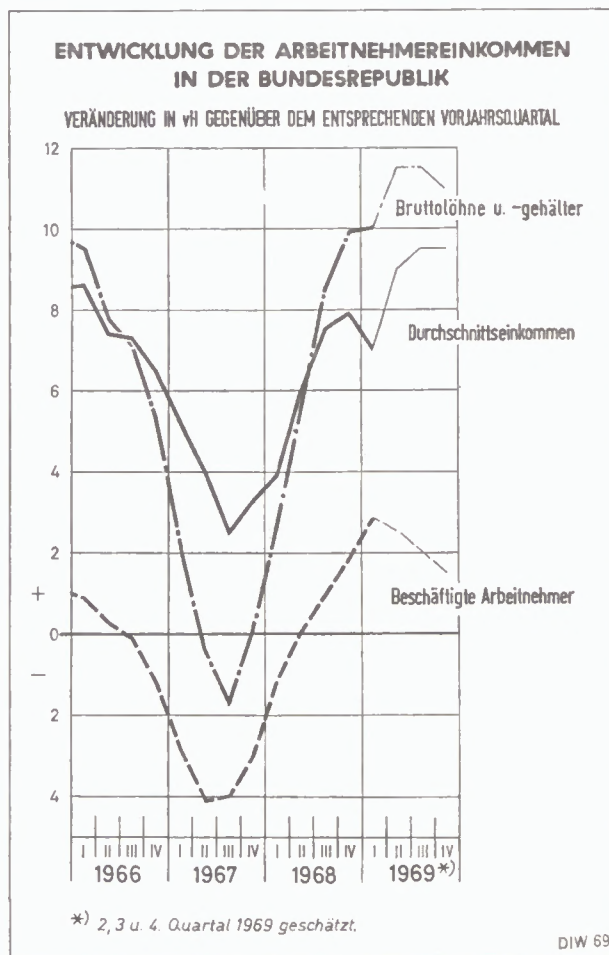
Beschäftigung und Arbeitnehmereinkommen in der Bundesrepublik im ersten Quartal 1969

Der anhaltend kräftige konjunkturelle Aufschwung hat der Lohnexpansion, die sich schon zum Jahresende deutlich verstärkt hatte, weiteren Auftrieb verliehen: Trotz Beeinträchtigung durch widrige Witterungseinflüsse übertraf die Summe der Bruttolöhne und -gehälter im ersten Quartal den entsprechenden Vorjahrsstand um 10 vH. Nachdem der Lohnanstieg nun auf alle Bereiche übergreifen hat, sind gegenwärtig keine Anzeichen für eine konjunkturelle Abschwächung dieses auch im Vergleich zu früheren Aufschwungsphasen raschen Entwicklungstempos zu erkennen.

Im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Einkommensentwicklung verläuft die Expansion jetzt ausgeglichener: Waren seit dem Tiefpunkt in der Rezession zunächst die Gewinne stärker als die Einkommen der Arbeitnehmer gestiegen, so hat sich am Ende des Jahres 1968 erstmals eine parallele Entwicklung eingestellt. Auch im Berichtsquartal verlief die Expansion recht gleichmäßig: Die Zuwachsrate der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (+ 11,5 vH) übertraf die Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer nur wenig.

Mehr als in den Vorquartalen sind die effektiven Lohnsteigerungen von neuen Tarifvereinbarungen beeinflußt worden: Die tarifliche Lohnexpansion hat sich deutlich beschleunigt. Das Wachstum der effektiven Individualeinkommen wies dagegen — partiell — leichte Abschwächungstendenzen auf, die aber ganz überwiegend Witterungseinflüssen zuzu-

schreiben sind. Mehreinkünfte durch erhöhte individuelle Arbeitszeit, die in der ersten Phase des



Wiederaufschwungs von großer Bedeutung waren, sind jetzt kaum noch festzustellen. Die Differenz der effektiven und tariflichen Lohnreihen ist daher überwiegend auf die Lohndrift, also auf arbeitszeitunabhängige Einkommensverbesserungen zurückzuführen. Diese Spanne hat jedoch nun, da die Tarife nachgezogen haben, ihren Höhepunkt überschritten: Die Schere zwischen effektiver und tariflicher Entwicklung hat sich wieder deutlich geschlossen (arbeitszeitunabhängige Einkommenszunahme je beschäftigten Arbeiter im ersten Quartal 1969: effektiv 6,8 vH, tariflich 5,9 vH; je beschäftigten Angestellten: effektiv 8,0 vH, tariflich 4,8 vH).

Beschäftigung

Die schon in der zweiten Jahreshälfte lebhaftere Beschäftigungsexpansion hat sich im ersten Quartal 1969 ungestüm fortgesetzt. Nach Schätzungen des DIW war die Beschäftigtenzahl im Berichtsquartal um rund 575 000 höher als in der entsprechenden Vorjahrszeit. Der sonst deutlich ausgeprägte saisonbedingte Rückgang vom vierten zum ersten Quartal ist trotz des harten Winters ausgeblieben: Die Beschäftigtenzahl verharrte auf der Höhe des Vorquartals.

So war auch der Anstieg der Arbeitslosigkeit — im Vorjahrsvergleich ergab sich ein Rückgang um rund 250 000 — im Berichtsquartal ausschließlich witterungsbedingt. Nach dem schnellen Rückgang der Arbeitslosenziffern im Frühjahr haben die noch verbleibenden Arbeitslosen wie schon in früheren Phasen der Hochkonjunktur als Arbeitskräftereserve quantitativ keine Bedeutung mehr. Ein noch eindringlicheres Bild der gegenwärtigen Hochkonjunktur vermittelt die jüngste Entwicklung der Zahl der offenen Stellen, die innerhalb weniger Monate steil gestiegen ist: Allein von Ende Dezember 1968 bis Ende März 1969 erhöhte sie sich um rund 235 000.

Mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit ist es kaum noch möglich, zusätzliche Arbeitskräfte aus inländi-

Veränderung der Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeiterstunden
in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit

	1967			1968				1969
	II	III	IV	I	II	III	IV	I
Industrie ¹⁾ . . .	-2,8	-1,8	-0,3	+3,7	+2,3	+1,2	+2,3	+0,4
Bauhauptgewerbe	-1,3	-1,5	-3,7	-9,7	-0,8	+0,2	+3,7	-9,9

¹⁾ Betriebe mit über 10 Beschäftigten.

scher Reserve zu mobilisieren. Die weitere Beschäftigtenexpansion hängt in erster Linie davon ab, inwieweit ausländische Arbeitskräfte für eine Arbeitstätigkeit in der Bundesrepublik gewonnen werden können. Die Aussichten für eine spürbare Entlastung des heimischen Arbeitsmarktes auf diese Weise sind günstig: Seit Mitte 1968 nimmt die Zahl der Gastarbeiter rapide zu. Der übliche Saisonrückgang im Winter ist bei einer sich von Monat zu Monat intensivierenden Nachfrage ausgeblieben. Von März 1968 bis März 1969 erhöhte sich die Zahl der beschäftigten Ausländer um rund 280 000. Im Berichtsquartal entfiel daher trotz des nochmals hohen Anteils wieder eingegliedert Arbeitsloser die Hälfte aller zusätzlich Beschäftigten auf ausländische Arbeitskräfte.

Nach Wirtschaftsbereichen betrachtet war die Nachfrage nach Arbeitskräften so differenziert wie selten zuvor. Insbesondere in der Industrie (im Vorjahrsvergleich + 4,7 vH) hat die Beschäftigtenexpansion ein in den vergangenen Jahren noch nie beobachtetes Ausmaß erreicht. Am stärksten ausgeprägt waren die Neueinstellungen in der konjunkturell besonders begünstigten Investitionsgüterindustrie. Hier nahm die Zahl der Beschäftigten im Jahresvergleich um nicht weniger als 7,2 vH zu. In der Verbrauchsgüter- (+ 4,8 vH) und der Grundstoffgüterindustrie (+ 3,9 vH) stieg die Nachfrage nach Arbeitskräften ebenfalls sehr kräftig. Die Rolle dieser drei Industriegruppen als Schrittmacher der

Veränderung von Beschäftigung, Bruttolöhnen und -gehältern und Durchschnittseinkommen
in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit

	1967	1968	1967				1968				1969		
			I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II ¹⁾	III ¹⁾
Beschäftigung	-3,5	0,4	-2,9	-4,1	-4,0	-3,0	-1,2	-0,0	0,9	1,8	2,8	2,5	2,0
Bruttolöhne u. -gehälter	+0,0	6,8	2,1	-0,4	-1,7	0,1	2,7	5,9	8,5	9,9	10,1	11,5	11,5
Durchschnittseinkommen	3,7	6,4	5,2	4,0	2,5	3,3	3,9	5,9	7,5	7,9	7,2	9,0	9,5

¹⁾ Schätzung.

Beschäftigung und Einkommen der Arbeitnehmer¹⁾ in der Bundesrepublik²⁾ im 1. Quartal 1969

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen									Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
	Männer				Frauen				Ins-gesamt	Männer	Frauen	Ins-gesamt
	gesamt	Arbeiter	Angestellte u. Beamte	Lehr-linge	gesamt	Arbeiter	Angestellte u. Beamte	Lehr-linge				
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1000)												
Land- und Forstwirtschaft . . .	253	207	31	15	104	89	7	8	357	- 1,9	- 2,8	- 2,2
Bergbau	314	258	45	11	11	5	6	0	325	- 8,2	± 0,0	- 7,9
Energiewirtschaft	182	117	59	6	22	6	16	0	204	1,7	± 0,0	1,5
Grundstoff- u. Prod.-güter-Ind. ³⁾ . . .	1 413	1 073	293	47	313	180	120	13	1 726	4,0	3,3	3,9
Investitionsgüter-Industrie	2 751	1 930	629	192	895	599	268	28	3 646	7,3	6,8	7,2
Verbrauchsgüter-Industrie	980	741	200	39	1 173	1 002	131	40	2 153	4,5	5,0	4,8
Nahrungs- u. Genußmittel-Industr. . . .	319	219	94	6	213	162	47	4	532	1,6	0,9	1,3
Industrie, gesamt	5 959	4 338	1 320	301	2 627	1 954	588	85	8 586	4,6	5,0	4,7
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe	883	633	73	177	297	141	94	62	1 180	2,2	2,1	2,2
Baugewerbe	1 781	1 511	129	141	75	13	54	8	1 856	2,4	2,7	2,4
Produzierendes Gewerbe	8 623	6 482	1 522	619	2 999	2 108	736	155	11 622	3,9	4,6	4,1
Handel	1 156	435	571	150	1 451	247	921	283	2 607	1,9	1,8	1,8
Verkehr	1 174	555	564	55	194	59	130	5	1 368	- 0,8	- 0,5	- 0,8
Handel und Verkehr	2 330	990	1 135	205	1 645	306	1 051	288	3 975	0,5	1,5	0,9
Öffentlicher Dienst ⁴⁾	2 121	356	1 714	51	711	139	550	22	2 832	2,3	1,9	2,2
Geld-, Bank- u. Versicherungswesen . .	270	11	227	32	232	16	192	24	502	2,7	2,2	2,4
Gaststättenwesen	114	70	34	10	281	209	62	10	395	0,9	0,4	0,5
Häusliche Dienste	1	—	1	—	362	264	87	11	363	—	- 1,4	- 1,4
Dienstleistungshandwerk ⁵⁾	81	60	14	7	297	222	27	48	378	2,5	1,7	1,9
Sonstige Dienstleistungen	390	75	296	19	560	99	435	26	950	1,6	1,8	1,7
Dienstleistungen, gesamt	2 977	572	2 286	119	2 443	949	1 353	141	5 420	2,2	1,2	1,7
Insgesamt	14 183	8 251	4 974	958	7 191	3 452	3 147	592	21 374	2,9	2,6	2,8
Bruttolöhne und -gehälter (in Mill. DM)												
Land- und Forstwirtschaft	570	446	116	8	163	141	18	4	733	4,6	3,8	4,4
Bergbau	951	712	231	8	28	11	17	0	979	- 2,1	—	- 1,8
Energiewirtschaft	605	349	252	4	64	15	49	0	669	9,4	6,7	9,1
Grundstoff- u. Prod.-güter-Ind. ³⁾ . . .	4 859	3 256	1 573	30	739	358	373	8	5 598	12,8	11,6	12,6
Investitionsgüter-Industrie	8 894	5 824	3 057	113	2 012	1 195	801	16	11 006	18,9	17,6	18,6
Verbrauchsgüter-Industrie	2 865	1 959	883	23	2 106	1 723	361	22	4 971	11,6	12,4	11,9
Nahrungs- u. Genußmittel-Industr. . . .	1 041	615	423	3	396	262	132	2	1 437	8,0	7,0	7,7
Industrie, gesamt	19 315	12 715	6 419	181	5 345	3 564	1 738	48	24 660	14,1	13,7	14,0
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe	2 121	1 771	256	94	444	250	162	32	2 565	10,6	9,6	10,5
Baugewerbe	3 662	2 975	602	85	173	28	141	4	3 835	0,7	8,8	1,1
Produzierendes Gewerbe	25 098	17 461	7 277	360	5 962	3 842	2 036	84	31 060	11,6	13,2	11,9
Handel	3 363	1 129	2 156	78	2 683	465	2 076	142	6 046	8,9	9,0	8,9
Verkehr	3 454	1 510	1 911	33	482	125	354	3	3 936	3,8	3,9	3,8
Handel und Verkehr	6 817	2 639	4 067	111	3 165	590	2 430	145	9 982	6,3	8,2	6,9
Öffentlicher Dienst ⁴⁾	7 985	1 056	6 895	34	2 128	271	1 843	14	10 113	9,6	9,2	9,5
Geld-, Bank- u. Versicherungswesen . .	952	31	900	21	568	31	522	15	1 520	9,9	9,2	9,7
Gaststättenwesen	332	191	136	5	510	365	140	5	842	7,1	6,3	6,6
Häusliche Dienste	3	—	3	—	604	412	186	6	607	—	7,1	7,1
Dienstleistungshandwerk ⁵⁾	200	141	55	4	463	373	64	26	663	9,9	8,7	9,0
Sonstige Dienstleistungen	1 406	207	1 187	12	1 165	183	967	15	2 571	8,5	8,6	8,5
Dienstleistungen, gesamt	10 878	1 626	9 176	76	5 438	1 635	3 722	81	16 316	9,4	8,5	9,1
Insgesamt	43 363	22 172	20 636	555	14 728	6 208	8 206	314	58 091	10,1	10,2	10,1
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM)												
Land- und Forstwirtschaft	751	718	1 247	178	522	528	857	167	684	6,7	6,8	6,8
Bergbau	1 010	920	1 711	242	848	738	944	—	1 004	6,7	7,7	6,7
Energiewirtschaft	1 108	994	1 424	222	970	838	1 021	—	1 093	7,6	6,7	7,5
Grundstoff- u. Prod.-güter-Ind. ³⁾ . . .	1 146	1 011	1 790	213	787	663	1 036	205	1 081	8,5	8,1	8,5
Investitionsgüter-Industrie	1 090	1 006	1 620	196	749	665	996	190	1 006	10,7	10,1	10,7
Verbrauchsgüter-Industrie	974	881	1 472	197	598	573	919	183	770	6,8	7,0	6,8
Nahrungs- u. Genußmittel-Industr. . . .	1 088	936	1 500	167	620	539	936	167	900	6,8	6,0	6,8
Industrie gesamt	1 080	977	1 621	200	678	608	982	188	957	9,0	8,2	8,8
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe	801	939	1 169	177	498	591	574	172	725	8,2	7,4	8,2
Baugewerbe	685	656	1 556	201	769	718	870	167	689	- 1,6	5,9	- 1,3
Produzierendes Gewerbe	970	898	1 594	194	663	608	922	181	891	7,5	8,2	7,5
Handel	970	865	1 259	173	616	628	751	167	773	6,9	7,1	7,0
Verkehr	981	907	1 129	200	828	706	908	200	959	4,7	4,5	4,6
Handel und Verkehr	975	889	1 194	180	641	643	771	168	837	5,7	6,6	5,9
Öffentlicher Dienst ⁴⁾	1 255	989	1 341	222	998	650	1 117	212	1 190	7,1	7,2	7,2
Geld-, Bank- u. Versicherungswesen . .	1 175	939	1 322	219	816	646	906	208	1 009	7,1	6,9	7,0
Gaststättenwesen	971	910	1 333	167	605	582	753	167	711	6,2	5,9	6,1
Häusliche Dienste	1 000	—	1 000	—	556	520	713	182	557	—	8,6	8,5
Dienstleistungshandwerk ⁵⁾	823	783	1 310	190	520	560	790	181	585	7,2	6,9	7,0
Sonstige Dienstleistungen	1 202	920	1 337	211	693	616	741	192	902	6,8	6,6	6,7
Dienstleistungen, gesamt	1 218	948	1 338	213	742	574	917	191	1 003	7,1	7,2	7,2
Insgesamt	1 019	896	1 383	193	683	599	869	177	906	7,0	7,4	7,2

¹⁾ Einschl. Heimarbeiter. — ²⁾ Einschl. Berlin (West) und Saarland. — ³⁾ Einschl. Industrie der Steine und Erden. — ⁴⁾ Einschl. Soldaten. — ⁵⁾ Photographisches Gewerbe, Wäschereien, Frisuren.

Beschäftigungsexpansion wird besonders daran deutlich, daß von allen Wirtschaftsbereichen nur sie den gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt übertroffen haben. Bei einem Anteil von etwa einem Drittel am Beschäftigtenbestand haben sie über 70 vH aller Neueingestellten an sich gezogen. Dennoch liegt ihr Beschäftigtenanteil immer noch knapp unter dem des Jahres 1965.

Wie differenziert überdies selbst innerhalb der industriellen Hauptbereiche die Nachfrage nach Arbeitskräften ist, wird an den besonders hohen Zuwachsraten der Beschäftigten im Straßenfahrzeugbau (Ende März + 10,7 vH), in der Elektrotechnischen Industrie (+ 10,5 vH) sowie in der Kunststoffverarbeitenden Industrie (+ 10,4 vH) deutlich.

Demgegenüber expandierte die Beschäftigung in den Wirtschaftsbereichen außerhalb der Industrie vergleichsweise mäßig. Das Produzierende Handwerk, der Öffentliche Dienst, das Banken- und Versicherungswesen haben aber ihr Beschäftigtenniveau noch recht beachtlich (um 2,2 vH bzw. 2,4 vH) erhöhen können.

Das seit längerem erstmals Ende 1968 wieder beobachtete Phänomen einer größeren Zunahme der Zahl der Arbeiter gegenüber der der Angestellten hat sich im ersten Quartal 1969 sogar noch verstärkt (Arbeiter + 3,3 vH; Angestellte 2,3 vH). Der als Folge der Rezession entstandene „Nachholbedarf“ an Arbeitern hat den seit längerem anhaltenden Umstrukturierungsprozeß von Arbeitern zu Angestellten überlagert. Es sollte allerdings nicht außer acht gelassen werden, daß zu dieser Entwicklung auch die Zusammensetzung des Arbeitsangebots beiträgt. Für die meisten Angestelltentätigkeiten kommen nämlich Gastarbeiter kaum in Frage.

Durchschnittliches Einkommen

Witterungsbedingte Ausfälle waren einer der Gründe dafür, daß sich die Expansion der Individualeinkommen im Gesamtdurchschnitt nicht weiter verstärkt hat. Auch die durchschnittliche Arbeitszeit der Industriearbeiter nahm kaum noch zu, während die geleisteten Arbeitsstunden der Bauarbeiter (im Bauhauptgewerbe) sogar um 10 vH zurückgingen. Die lebhaftere tarifliche Entwicklung hat dagegen mehr als bisher zu den effektiven Verdienststeigerungen beigetragen.

Wie schon in den Vorquartalen hatten die in der Industrie Beschäftigten auch diesmal wieder — bei kaum verändertem Wachstumstempo — die höchsten individuellen Einkommenssteigerungen (+ 8,8 vH) zu verzeichnen. Wie hinsichtlich der Beschäftigtenzunahme war auch hier die Investitionsgüterindustrie führend. Die männlichen Arbeiter dieses Bereiches haben als „Spitzenreiter“ Aufbesserungen ihrer effektiven Stundenlöhne von über 11 vH verbuchen können.

Wie häufig ist auch im Berichtsquartal die Lohnentwicklung der Bauarbeiter durch den winterlichen Witterungsablauf entscheidend bestimmt worden. Im ersten Quartal erhöhte sich bei extremen Witterungsbedingungen die Zahl der angezeigten Ausfallstunden im Vorjahresvergleich um 15 vH. Dem stand eine kräftige Zunahme des gezahlten Schlechtwettergeldes (+ 23 vH) gegenüber. Das Arbeitseinkommen der Bauarbeiter erreichte damit zwar das im Vorjahr erzielte Ergebnis nicht ganz; einschließlich des Schlechtwettergeldes hätte das Durchschnittseinkommen aller Beschäftigten im Berichtsquartal allerdings um einen halben Punkt höher gelegen.

Entwicklung von Effektiv- und Tariflöhnen¹⁾ und -gehältern in ausgewählten Wirtschaftszweigen

	1966				1967				1968				1969	
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	
Zunahme in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit														
Arbeiter ²⁾														
effektiv	8,5	6,8	6,4	5,7	4,0	1,7	1,3	2,7	3,8	7,7	8,7	8,5	6,8	
tariflich	6,6	7,3	6,4	6,2	5,1	2,9	2,3	2,0	1,8	3,5	5,0	4,8	5,9	
Angestellte ³⁾														
effektiv	8,1	8,2	8,1	6,8	5,0	5,1	3,5	3,6	4,2	5,6	6,7	7,7	8,0	
tariflich	5,3	6,2	6,8	6,3	5,2	3,5	2,4	1,7	2,3	3,1	3,9	3,8	4,8 ¹⁾	
Differenzen zwischen effektiver und tariflicher Veränderungsrate														
Arbeiter	+ 1,9	- 0,5	± 0,0	- 0,5	- 1,1	- 1,2	- 1,0	+ 0,7	+ 2,0	+ 4,2	+ 3,7	+ 3,7	+ 0,9	
Angestellte	+ 2,8	+ 2,0	+ 1,3	+ 0,5	- 0,2	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,8	+ 3,9	+ 3,2	
¹⁾ Berechnungsbasis: Tarifliche Wochenlöhne. — ²⁾ Alle Wirtschaftsbereiche außer Landwirtschaft, Handwerk, Geld-, Bank- und Versicherungswesen, Gaststättenwesen, Kunst und Unterhaltung, Häusliche Dienste, Dienstleistungshandwerk und sonstige Dienstleistungen. — ³⁾ Wie Anm. ²⁾ aber einschl. Geld-, Bank- und Versicherungswesen.														

Nachdem der Lohnauftrieb die schwächer expandierenden Bereiche schon im Vorquartal erfaßt hatte, ist auch in ersten Vierteljahr 1969 der Abstand zu der die Einkommensexpansion anführenden Industrie wiederum kleiner geworden. Insbesondere hat nun auch bei den tertiären Bereichen eine verstärkte Lohnexpansion eingesetzt.

Bei den einzelnen Arbeitnehmergruppen ist wieder eine recht gleichmäßige Steigerung der Verdienste festzustellen. Die Löhne der Arbeiter (+ 7,1 vH) haben nach den vorliegenden Ergebnissen nicht mehr stärker zugenommen als die Verdienste der Angestellten und Beamten (+ 7,3 vH). Eine Bereinigung der Bauarbeiterlöhne auf einen „Normalwinter“ würde das Bild allerdings insgesamt zugunsten der Arbeiter verändern.

Ausblick

Nach den letzten statistischen Informationen hat sich die Expansion von Beschäftigung und Einkommen nicht mehr wesentlich beschleunigt. Ein vorläufiger Höhepunkt dürfte Mitte des Jahres erreicht sein. Am Arbeitsmarkt wird auch in der zweiten Jahreshälfte 1969 Hochkonjunktur herrschen. In den tertiären Bereichen werden die Lohnsteigerungen an Intensität zunehmen.

Nach der Überwindung der Winterarbeitslosigkeit liegt die Arbeitslosenzahl wieder beim Tiefstand der vergangenen Hochkonjunktur. Daneben

ist auch die Zahl der offenen Stellen auf die bisher noch nie registrierte Höhe von über 800 000 gestiegen. Mehr als je zuvor wird bei anhaltender Nachfrage die Ausweitung des Arbeitskräftepotentials von der Beschäftigung zusätzlicher ausländischer Arbeitskräfte abhängen. Der bisherige Höchststand (1,3 Millionen) dürfte gegenwärtig schon erreicht sein, im weiteren Verlauf des Jahres jedoch deutlich überschritten werden.

Die in der ersten Jahreshälfte getroffenen Tarifvereinbarungen haben zumeist Aufbesserungen im Rahmen der von der Bundesregierung im Januar vorgelegten Orientierungslinien (von 5,5 vH bis 6,5 vH) gebracht. Mit der optimistischeren Einschätzung der Konjunktur kündigt sich allerdings in der Tarifsituation ein Wandel an: Die Gewerkschaften werden ihre Forderungen heraufsetzen. Für den wichtigen Bereich der Metallverarbeitenden Industrie stehen zum Herbst neue Verhandlungen an. Es ist damit zu rechnen, daß die in der Zielprojektion der Bundesregierung genannten Daten deutlich überschritten werden. Die Lohndrift wird angesichts der starken tariflichen Aktivität wieder kleiner werden.

Im zweiten Quartal 1969 hat die durchschnittliche Beschäftigung den Vorjahrsstand um mindestens 2,5 vH übertroffen. Die Expansion des effektiven Einkommens je Beschäftigten setzte sich unverändert fort (+ 8,5 vH). Insgesamt hat die Lohn- und Gehaltssumme um 11 vH zugenommen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 und 53 Bonn, Adenauerallee 170
Tel.: (0311) 8 29 11 — telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Klaus Dieter Arndt

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Prof. Dr. Rolf Kregel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Peter Mitzscherling, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter
Für die wissenschaftliche Leitung des Instituts und für den Inhalt der Wochenberichte verantwortlich ist das Kollegium der Abteilungsleiter. Schriftleitung: Dr. Wolfgang Watter.

Die Fiskalpolitik der BRD im Zeichen des wirtschaftlichen Aufschwungs bearbeitet von P. Bernd Spahn. — Hochkonjunktur am Arbeitsmarkt bearbeitet von Gerhard Göseke.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43

Bezugspreis für den Jahrgang DM 32.—, vierteljährlich DM 9.—, Einzelnummer DM 1.—